

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Ja-
fragen. — Einzelne Nummern
20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindevorstand-Ostrowitz Nr. 3. — Postfach-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die in der ersten Spalte
des Blattes unter dem Titel
"Anzeigen" gesetzte Preise sind
für den ersten Tag im Monat
von 200 Pf. — Einmalig und
Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 35

Freitag den 10. Februar 1922

88. Jahrgang

Amthliche Bekanntmachung.

Mittwoch den 15. Februar 1922 vorm. 11 Uhr
Öffentliche Bezirksauschuss-Sitzung
im Amtshauptmannschaftlichen Sitzungssaal.

Die Versorgungsprerogative in Kreischa, Dippoldiswalde
und Frauenstein am 8., 9. und 10. Februar 1922 fallen aus.
Tag der späteren Abhaltung wird noch bekanntgegeben.
Pirna, den 6. 2. 1922. Versorgungsamt Pirna

Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 7. Februar. (Amthlicher Bericht.) Die Be-
sprechungen, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern
der Gewerkschaften wegen Beilegung des Eisenbahnerstreiks
geführt werden, wurden heute nachmittags vom Reichskanzler
mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und einem
Vertreter der Postgewerkschaft wieder aufgenommen. Sie
führten heute abend 7 Uhr zu einem positiven Ergebnis. Die
Verhandlungen bezogen sich zunächst nur auf die Diszipli-
nierung ausländischer Beamter. Nachdem die Beamtenver-
treter unter inzwischen geklärten Voraussetzungen den voll-
ständigen Abbruch des Streiks in Aussicht stellten, wurden
zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft zu einer letzten Aus-
sprache herbeigezogen. Es wurde über folgende Erklärung
Übereinstimmung erzielt, nachdem das Kabinett von dem
Gang der Verhandlungen Kenntnis genommen und das vom
Reichskanzler vorgelegte Ergebnis gebilligt hatte. Die Er-
klärung lautet: Die Reichsgewerkschaft gibt die Erklärung ab,
daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft
als beendet erklären wird, nachdem der Herr Reichskanzler
seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgeführt hatte,
daß bei sofortigem Abbruch des Streiks die Disziplinierung
nach dem vom Gesamtkabinett aufzustellenden Richtlinien er-
folgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Ab-
bruch des Streiks in der Anwendung und Durchführung der
Disziplinarmassnahmen von Massendisziplinarverfahren und
Disziplinarmassnahmen absehen. Den in Frage kommenden Be-
amten wird das Beschwerderecht selbstverständlich gewahrt
werden. Damit ist der Streik der Eisenbahner beendet. Die
Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, noch am Abend
an ihre Organisationen im Lande telegraphisch die Weisung
zum Abbruch des Streiks ergehen lassen zu wollen.

Groener über die Maßregelung der streikenden Eisenbahner.

Berlin, 7. Februar. Von unterrichteter Seite erfährt
die Telegraphen-Union folgendes: Gestern abend haben zwei
Vertreter des Beamtenbundes beim Reichsverkehrsminister
vorgesprochen, um sich Auskunft über dessen Stellung zu der
Frage der Maßregelung zu holen. Der Reichsverkehrs-
minister Groener hat diesen Vertretern die Rechtslage wie
folgt dargelegt: Die einzuleitenden Disziplinarverfahren
wegen Vergehens gegen den Erlaß des Reichspräsidenten
und des Streiks im allgemeinen müssen bei den unkündbaren
Beamten durchgeführt werden; die bei kündbaren Beamten
ausgesprochenen Disziplinarmassnahmen müssen aufrecht er-
halten werden. Der gesetzliche Einspruch steht den Beamten
zur Verfügung. Was die Mitglieder des Streiks anlangt,
so ist natürlich an eine Massendisziplinierung nicht zu denken.
Die einzelnen Eisenbahndirektionen sind angewiesen worden,
Listen aufzustellen über die am Streik hauptsächlich beteiligten
Fahrer. Auf Grund der Prüfung dieser Listen behält sich der
Reichsverkehrsminister vor, gegen wen er einschreiten wird
oder nicht. Was die Eisenbahnarbeiter anbelangt, werden
diese im Rahmen der örtlichen Bedürfnisse eingestellt werden.
Es ist nicht beabsichtigt, Härten zuzugeben zu lassen. Bei
der Prüfung der einzelnen Fälle werden psychische Momente
berücksichtigt werden. Das Beschwerderecht bleibt den Be-
amten und Arbeitern unter allen Umständen erhalten. Der
Reichsverkehrsminister hat aber darauf hingewiesen, daß mit
Rücksicht auf den zu 3 Viertel treuen Teil der Beamtenschaft
es unumgänglich notwendig sei, daß die Führer des gänzlich
unberechtigten Streiks nicht straflos bleiben. Das Reichs-
kabinett wird dem Reichsverkehrsminister Groener völlig freie
Hand lassen in der Art des Disziplinarverfahrens, soweit
dieses in seinem Ressort zuständig ist. Für eine Begnadigung
bestrafter Beamter käme übrigens weder das Reichsverkehrs-
ministerium noch das Reichskabinett, sondern allein der
Reichspräsident in Frage.

Vertilgung und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Ein Aufsatzen ging durch die Einwoh-
nerschaft, als wir gestern vormittags das Ergebnis der Berliner
Verhandlungen vom Vorabend bekannt machen konnten: Der
Streik ist beendet. Es wurde auch für unseren Bezirk die
allerhöchste Zeit. Denn zu allen Unannehmlichkeiten und
Schädigungen trat noch als folgenschwerste das teilweise oder
auch vollständige Schließen der Betriebe wegen Kohlen- oder
Materialmangel; täglich nahmen diese Feiertage zu und drohten
zur Katastrophe zu werden. Auch nach Streikabbruch wird
es noch einige Zeit dauern, bis die Betriebe überall voll
arbeiten. Kann doch unsere Sekundärbahn sogar, die heute
morgen den Betrieb wieder aufnahm, diesen nicht voll durch-
führen wegen Kohlenmangel. — Frieden ernährt, Unfrieden
verzehrt!

Dippoldiswalde. Ab heute Donnerstag verkehren auf der
Strecke Hainsberg—Ripsdorf bis auf weiteres nur folgende
Züge: Ab Dippoldiswalde 4/6 Uhr nach Hainsberg, 4/6 Uhr
(Arbeiter-Zug) nach Ripsdorf, 4/8 Uhr nach Ripsdorf, 5 Uhr
nach Hainsberg, 4/9 Uhr abends nach Ripsdorf. Die Züge
haben in Hainsberg Anschluss von und nach Dresden. So-
bald Kohlen vorhanden sind, wird der Fahrplan erweitert.

Die Kraftwagenfahrten 6 und 7 auf der Linie Dresden-
Dippoldiswalde, die während des Eisenbahnerstreiks bis
Dippoldiswalde durchgeführt wurden, finden nunmehr wieder
nur noch zwischen Dresden und Pöfendorf statt.

Wir nehmen wiederholt Gelegenheit, zum Besuche der
Ausstellung des hiesigen Geflügelzüchtervereins, die am 10.,
11. und 12. Februar in den Räumen des Schützenhauses statt-
findet, aufzufordern, da dieselbe viel Sehenswertes bietet.

Heute Donnerstag zeigte das Thermometer an einem
etwas frei gelegenen Hause 16° R.

Die Maul- und Klauenseuche ist im Monat Januar
erneut zurückgegangen. Während sie am 31. Dezember noch
in 25 Veterinärbezirken, 84 Gemeinden mit 45 Gehöften
herrschte, trat sie am 31. Januar nur noch in 16 Veterinär-
bezirken, 37 Gemeinden mit 40 Gehöften auf. — Im Ver-
waltungsbezirk Dippoldiswalde war am 31. Januar von an-
stehenden Tierkrankheiten nur Tollwut festzustellen.

Gedenkt der hungernen Vögel, die infolge des tiefen
Schnees nicht mehr in der Lage sind, irgendwelche Nahrung
zu finden. Wir haben bereits vor einiger Zeit darauf hin-
gewiesen, daß die Lauben in den Schrebergärten geeignete
Futterplätze abgeben. Auch an die Fenster kommen die
Vögel jetzt.

Tagesordnung zur 3. Sitzung des Bezirksauschusses
der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde Mittwoch den 15.
Februar 1922, vormittags 11 Uhr, im hiesigen Sitzungssaal.
Öffentliche Sitzung: Produktive Erwerbslosenfürsorge anläß-
lich der Bahnbauten innerhalb des hiesigen Bezirks. — Orts-
gesetz der Gemeinde Pöfendorf über die Gemeindebeamten-
beholdung. — Nachträge zu Gemeindesteuerordnungen für
Ammelsdorf, Reinhardtsgrimma, Wörnersdorf, Löwenhain,
Quohren, Breitenau, Niederfrauenendorf, Fürstenaue, Dönschen,
Großsösa, Liebenau, Schellerhan, Friedersdorf, Oberhäslich,
Sprechtitz, Weifing, Waltersdorf, Holzhan, Röhrenbach, Hirsch-
sprung, Beerwalde, Ruppendorf, Luchau, Rehfeld-Jaunhaus,
Hirschbach, Lauenstein und Pöfendorf. — Ortsgesetz über die
Öffentlichkeit der Gemeindefeststellungen in der Gemeinde
Obercarsdorf und über die Einführung einer Geschäftsord-
nung für diese Sitzungen. — Nachträge zu Gemeindesteuer-
ordnungen für Lauenstein, Pöfendorf, Quohren, Großsösa,
Oberhäslich, Ruppendorf und Rehfeld-Jaunhaus. — Ge-
such der Gemeinde Hennersdorf um Erlaubnis zur Aufnahme
eines zinsfreien Darlehens von 3000 M. bei der Sächs. Brand-
versicherungskammer zur Errichtung eines Spritzenhauses. —
Gesuch der Gemeinde Pöfendorf um Erlaubnis zur Aufnahme
eines Darlehens von 140 000 M. bei dem Landeswohnungs-
verband Sachsen. — Besuch der Gemeinde Kreischa um Aus-
nahmegenehmigung von § 11 des Gemeindesteuergesetzes hin-
sichtlich der Heranziehung der Landwirtschaft zur Gewerbe-
steuer. — 5. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Rehe-
feld-Jaunhaus. — Ortsgesetz der Gemeinde Wörnschen b. L.
Reihenwache des Nachschuges betr. — Ortsgesetz der Ge-
meinde Obercarsdorf über die Wahlen von Gemeindeältesten.
7. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Ruppendorf. —
2. Nachtrag zum Ortsgesetz der Gemeinde Georgenfeld über
die Wahlen von Ortsbevollmächtigten. — Langplan für regel-
mäßige Langtage auf das Jahr 1922. — Ausnahme vom Be-
zirksanzplan 1922 für die Stadt Altberg. — Besuch des
Kaufmanns Richard Rathgen—Frelberg um Ausnahmebe-
willigung zur Grundstücksabtrennung betr. Blatt 78 des
Grundbuchs für Georgenfeld. — Nichtöffentliche Sitzung:

Verordnung des Akademischen Rats vom 25. 1. 22, das für
den Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft bestimmte Del-
gemälde betr. — Besuch des Stadtrats Dippoldiswalde um
einen Beitrag aus Bezirksmitteln zur Deckung des diesjäh-
rigen Fehlbetrags bei dem städtischen Krankenhaus. —
Lösungsbewilligung für ein der Johann-Maximilian-Ritische
Stiftung in Reinhardtsgrimma gehöriges Darlehn. — Be-
rufung Karl Pauks—Glashütte gegen die Heranziehung zur
Gewerbesteuer. — Desgleichen Walter Buerschapers—Dres-
den in Glashütte und des Fabrikbesizers Schelzig in
Glashütte. — Wahl von Sachverständigen in Enteignungs-
fällen auf 1922. — Besuch des Händlers Karl Ernst Eicher-
Wärenfels um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Spirituosen
in dem Grundstücke Nr. 3 der Ortsteile für Wärenfels (neu
Konzeption).

Eine allgemeine Rattenvergiftung führt Rabenau
wieder durch.

Jannwald-Georgenfeld. Unser seit über einem Jahrzehnt
mit großem Erfolg in Schule und Kirche, wie auch im Ge-
meinde- und Vereinsleben wirkender Kirchschullehrer Heyn
wird uns leider demnächst verlassen, da er einem Rufe an
die Schule in Gornsdorf im Erzgeb. folgen wird. Er tritt
sein neues Amt am 1. April an.

Rippen will zur staatlichen Gewerbe- und zur staatlichen
Grundsteuer 15% Zuschlag erheben.

Dresden. Beim Aufwinden eines 20 Zentner schweren
eisernen Gasometers in einer Fabrik in der Rosenstraße riß
das Drahtseil. Der herabstürzende Gasometer erdrückte einen
18-jährigen Arbeiter.

Der Rat zu Dresden stellte in den Haushaltplan
1922/23 150 000 M. ein zu Schulbedürfnissen für arme
Kinder.

Der Rat zu Dresden ordnete für die Zeit des Kohlen-
mangels den 7-Uhr-Haustür-Schluß an, der Beleuchtungs-
ersparnis wegen.

Die Stadtverordneten von Dresden beschloßen eine
Steuer von 160 M. für den ersten und von 240 M. für
den zweiten Hund, gaben aber dann die Vorlage an den
Verfassungsausschuss und zwar infolge eines Antrages, eine
Luxussteuer daraus zu machen.

Wie die Landeskanzlei mitteilt, wird die für Donner-
stag nachmittags 1 Uhr anberaumte Vollziehung des Landtages
trotz des Eisenbahnerstreiks stattfinden.

Eine Ausstellung für Wohn- und Siedlungsweesen ist
von dem Bund Deutscher Architekten und den sächsischen
Siedlungsgesellschaften in den Ausstellungshallen an der
Lenzstraße zu Dresden veranstaltet worden. Bei der Er-
öffnungsfeier sprachen zunächst Geheimrat Gurlik für die
Architektenchaft und Oberregierungsrat Dr. Ruch für die
sächsischen Siedlungsgesellschaft, worauf dann Ministerprä-
sident Buch den Willkommengruß der Staatsregierung und
Oberbürgermeister Wäber den der Stadt Dresden entbot.
Nachdem im weiteren noch Regierungspräsident Stegemann von
der Landesfiedlungsgesellschaft als Vorsitzender des Pla-
nusausschusses das Wort ergriffen hatte folgte ein Rundgang durch
die Räume der Ausstellung, die eine Fülle des Interessanten
bietet und mannigfache Bilder aus dem Bereiche der Sied-
lungstätigkeit vor Augen führt.

Im Anschluß an die Ausstellung über das sächsische
Siedlungsweesen, die am 5. 2. 1922 in Dresden eröffnet wurde,
finden in der Technischen Hochschule eine Reihe von Vor-
trägen statt, auf die bereits verschiedentlich in der Presse hin-
gewiesen wurde. Der Beginn dieser Vortragsreihe, der ur-
sprünglich auf den 13. 2. festgesetzt war, ist, wie von maß-
gebender Seite neuerdings mitgeteilt wird, auf den 20. 2.
verlegt worden.

Böhmische Braunkohle wieder zur Marktwahrung.
Seit 1. Februar verlaufen die böhmischen Braunkohlenwerte
nach Deutschland wiederum in Marktwahrung. Hierdurch soll
die Ausfuhr, die jetzt wegen der Fakturierung in Kronen
darniederliegt, wieder gehoben werden.

Der Bezirksauschuss Dresden-Neustadt genehmigte
die Grundsteuerordnung und die Gewerbesteuerordnung für
den Bezirksverband: je 25 % Zuschlag zu den staatlichen
Steuern.

Der Copitzer Gemeinderat will Beschwerde erheben
wegen des Verhaltens der Thüringer Gasgesellschaft bei der
letzten Gaspreiserhöhung.

25 % Zuschlag zur Landesgewerbesteuer will die Ge-
meinde Lauenitz erheben.

Coffeabaude erhält von dem 60 000 M. betragenden Ueber-
schuß des Gemeindegaswerkes 10 988 M.

Raundorf bei Köhschenbroda. Der Gemeinderat genehmigte
in zweiter Lesung eine Gewerbesteuer für 1921, und

zwar gegen die bürgerlichen Stimmen, die in erster Lesung auch dafür gestimmt hatten. Weiter wurde für 1922 einstimmig ein Zuschlag beschlossen.

Das Wirtschaftsministerium gibt bekannt: Beim Wirtschaftsministerium sind bereits Klagen darüber angebracht worden, daß der Eisenbahnerstreik dazu benützt werde, um die Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs und insbesondere für Lebensmittel in die Höhe zu treiben und Waren, die vor dem Streik bezogen worden sind, durch ungerechtfertigte, mit den Einstandspreisen nicht im Einklang stehende Preiserhöhungen zu verteuern. Das Wirtschaftsministerium nimmt Veranlassung, vor derartigen unlauteren Geschäftsgebräuchen zu warnen, und weist darauf hin, daß die Landespreisprüfungsstelle, die örtlichen Preisprüfungsstellen und die Polizeibehörden Anweisung erhalten haben, dem mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Im übrigen darf erwartet werden, daß vor allem auch die Organisationen der in Frage kommenden Berufsstände von sich aus alles tun werden, um ungerechtfertigte Preissteigerungen zu verhindern.

Heidenau. Der hiesige Gemeinderat hat bei dem Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Pirna um Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 3 Millionen Mark nachgesucht. Diese soll für Arbeiten, die sich aus der Erweiterung der Bahnanlagen, wie Unterführung, Schaffung von Bahnhofszugängen, Straßenbau usw. ergeben, Verwendung finden. Der Bezirksausschuß hat dem Ersuchen unter der Bedingung zugestimmt, daß ihm später eine genaue Aufstellung des Vermögensstandes der Gemeinde übermittle wird.

Wurzen. Nach einem in öffentlicher Sitzung des Rats und der Stadtverordneten vom Bürgermeister Dr. Seegen erstatteten Jahresberichte ist die Finanzlage der Stadt keine günstige; denn für das Jahr 1921 ist für 1 180 000 M. Ausgaben keine Deckung vorhanden. Die Gasanstalt schließt mit 389 000 M., das Elektrizitätswerk mit 8900 M. Verlust ab. Die Einwohnerzahl beträgt 17 925. Für 706 Familien bez. Wohnungsuchende konnte eine Wohnung nicht beschafft werden.

Delitzsch. Ueberfallen wurde der Buchhalter R. Man fand ihn in der Nähe der sogenannten Königsbank bewußlos auf und überführte ihn ins Krankenhaus. R. erhielt auf seinem Heimwege an der Königsbank einen Schlag von hinten. In dem entstandenen Kampfe stürzte er bewußlos nieder. Die Tat ist vermutlich von 2 Leuten verübt worden, die an der Bahn Kohlen gestohlen hatten, diese in Säcken fortgeschleppt und in dem hinter ihnen kommenden R. einen Verfolger vermuteten.

Johannstein-Ernstthal. Mit 35 000 M., die ihm von gutgläubigen Einwohnern zum Kartoffelkauf übergeben worden waren, ist ein hiesiger verheirateter Packer namens Jung in Begleitung einer Kellnerin verschwunden.

Der Straßenbahnerstreik ist hier am Mittwoch zu Ende gegangen. Heute Donnerstag wird der Verkehr in vollem Umfange wieder bis Lugau-Delsitz ausgenommen.

Von einem hier durchfahrenden Viehtransport mußten sechs Kühe infolge Hungers und Kälteermattung geschlachtet werden.

Chemnitz. Bei einer hiesigen Herrschaft war am 1. Febr. ein neues Dienstmädchen angetreten. Am folgenden Tage verschwand es unter Mitnahme von Silberzeug, Bett- und Leibwäsche, Kleidungsstücken usw. Auch einen Herrenpelzmantel mit Opossumpelztragen nahm das Mädchen mit. Die gestohlenen Sachen haben einen bedeutenden Wert, zu deren Wiedererlangung eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt worden ist.

In Chemnitz tagt am 21. Februar im Händelsaal des Vereinshauses die Chemnitzer Konferenz von Geistlichen und Laien aus ganz Sachsen, die unsere Landeskirche auf dem Boden des evangelisch-lutherischen Bekenntnisses erhalten wollen. Den Hauptvortrag hält Superintendent Michael-Dippoldiswalde über die Frage der Konfirmation in unseren Verhältnissen.

Oltschau. Der Stadtrat erhöhte die Sätze für die Erkaubnis zum Betriebe von Gastwirtschaften bzw. zum Kleinhandel mit Branntwein auf 500 bis 5000 M.

Zwickau. Der am 3. Oktober 1840 im Vorort Schedewitz errichtete Erzgebirgische Steinkohlen-Aktienverein hat am 1. d. M. seinen Sitz nach Zwickau verlegt und das hier in der Lohar-Streit-Straße (südlicher Stadtpark) nach dem Entwurfe des Architekten Ebert und Professor Franz in Chemnitz neu erbaute mächtige Verwaltungsgebäude bezogen. Das genannte Werk erbaute von 1841—1845 seinen Segen-Gottes-Schacht im jetzigen Stadtteil Marienthal, 1844—1851 den Hoffnungs-Schacht in Schedewitz, 1849 begann die Abteufung des Vertrauens-Schachtes in Schedewitz und 1875 die der Tiefbau-Schächte I und II in Zwickau mit je 640 Meter Teufe. Im Jahre 1873 kaufte das Werk das Kohlenwerk Himmelsfürst in Neudorf-Zwickau und 1913 das Kohlenwerk Allgem. im Vorort Wodawa.

Plauen i. V. Die hiesigen Straßenbahner haben am Mittwoch den Ausstand beendet. Ob aber der Betrieb wieder aufgenommen werden kann, ist noch fraglich, weil die Stadt keinen Starkstrom liefern kann.

Das Elektrizitätswerk Reichenbach i. V. stellte wegen Kohlenmangel den Betrieb ein.

Burengeneral Christian de Wet †

Blomfontein, 6. Februar. Der Burengeneral Christian de Wet, einer der Führer der südafrikanischen Kriege, ist gestorben.

Mit Christian de Wet ist der Führer des Burenvolkes gestorben, der seine Aufgabe im Kriege und nach der Unterwerfung sicherlich von der idealsten Seite aufgefaßt hat und der auch später niemals mit dem englischen Feinde paktiert, sondern ihm im Gedanken an die 30 000 schmählich in den Konzentrationslagern umgekommenen Frauen und Kinder einen ehrliehen Ausbruch hat bewahrt. De Wet suchte auch, als der Weltkrieg ausbrach und die Welt in Flammen stand, die Gelegenheit zu benutzen, seine alte Rechnung mit England zu begleichen. Aber der Aufstand, den er auf südafrikanischem

Boden entfachte, fand keine rechte Unterstüßung, ein militärischer Zusammenhang mit den deutschen Truppen in Südwest war nicht herzustellen, und so fiel de Wet den englischen Häschern in die Hände. Er wurde 1915 verurteilt, aber, da das Schicksal Südwestafrikas sich schon entschieden hatte, bald wieder freigelassen.

Christian de Wets Name wurde einst in aller Welt genannt, als er durch seine kühnen Streifzüge nach der Kapitulation Cronjes im Januar 1900 das Reich nach weit überlegene englische Heer lange Zeit im Schach hielt. Meister des Kleinkrieges, beschränkte er mit seinen Oranienbüren die Herrschaft der Engländer auf die Bahnlagen und die mühsam behaupteten Etappenstraßen. Nie waren sie vor ihm sicher, und ganz besonders ist es ihm zu danken gewesen, daß der Widerstand der Buren so lange hat dauern können. Dann ging er mit Botha und General de la Rey nach Europa, besonders nach Deutschland, um für sein Volk um weitere Gaben zu bitten. Gegenüber dem bedächtigen de la Rey und dem klugen Politiker Botha war es de Wet mit seiner ganzen Urmüchigkeit, auf den sich die Sympathien des deutschen Volkes konzentrierten. Diese ganze Begeisterung für ein seine Existenz kämpfendes niederdeutsches Volk liegt heute nicht nur zwei Jahrzehnte hinter uns. Wie unpraktisch sie politisch gewesen ist — abgesehen von der mit ihr beginnenden Entfremdung zwischen Deutschland und England —, zeigte sich bald darin, daß Botha in die Regierung Südafrikas eintrat und daß er dann die Führung des Feldzuges gegen die Deutschen übernahm und damit das vergalt, was unser Volk in heißem Idealismus einst für das Burenvolk getan hatte. Dazu wäre de Wet nie instande gewesen. Seiner grundehrlichen Natur entsprach die unerschütterliche Treue auch da, wo sie politisch sehr unpraktisch war.

Frankreich und Genua.

Poincarés Sabotierungsversuche.

Poincaré hat die italienische Regierung offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß Frankreich die Einladung zu der Konferenz in Genua annehme. In der Pariser Kammer ist man über diesen Schritt des Kabinetts Poincaré sehr mißgestimmt, so daß der Ministerpräsident es für nötig hielt, die Redenden der Abgeordneten persönlich zu zerstreuen. Er rechtfertigte die Haltung des Kabinetts damit, daß bei Einberufung der Konferenz von Genua der italienische Ministerpräsident nur von den alliierten Mächten in Cannes gefassten Beschluß ausgeht. Er habe die Einladung im Namen des Obersten Rates verhandelt. Dieser hätte außerdem bereits die Tagesordnung festgelegt, so daß die französische Regierung weder zu dem einen noch zu dem anderen Punkte ihre Zustimmung zu geben gehabt habe.

Im übrigen gibt sich die französische Regierung trotz ihrer Fugage alle erdenkliche Mühe, die Konferenz zum Scheitern zu bringen. Wie der „Matin“ berichtet, hat der Ministerpräsident Poincaré den Entschluß gefaßt, auf diplomatischem Wege an die alliierten Regierungen Bemerkungen über das in Cannes festgesetzte Programm für die Konferenz von Genua zu richten. Er werde unter anderem den ersten Paragraphen der Resolution, der von der Nichteröffnung in die inneren Angelegenheiten des Auslandes spricht, bemängeln und die Frage stellen, wie man diesen Paragraphen mit der Notwendigkeit, von Russland Garantien hinsichtlich der Ausführung der Verträge zu erlangen, vereinbaren könne, umso mehr, als die augenblickliche russische Befestigung das Privatigentum nicht anerkennt. Auch der zweite Paragraph der Resolution, der die wirtschaftliche Wiederherstellung aller Völker und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen allen Staaten vorstellt, stehe im Widerspruch mit dem darauffolgenden Paragraphen, in dem gesagt werde, daß an den bestehenden Verträgen nichts geändert werden solle. Außerdem werde Poincaré die wichtige Frage aufwerfen, ob der Völkerbund von diesen internationalen Debatten fern gehalten werden solle.

Die Brotpreiserhöhung.

Die notwendigen Folgen — Erhöhung der Gehalts-, Lohn- und Rentenbezüge.

Auf Drängen der Entente sieht sich die Reichsregierung gezwungen, die Reichszuschüsse zur Verbilligung für Brotgetreide abzubauen. Die notwendige Folge dieser ersten wirtschaftlichen Maßnahme ist natürlich eine bedeutende Verteuerung des Brotgetreides. Zur Wahrung der unausbleiblichen Härten, die eine durch plötzlichen Wegfall der Reichszuschüsse veranlaßte Erhöhung der Brotpreise für weite Kreise der Bevölkerung mit sich bringen würde, hat sich die Reichsregierung entschlossen, den Abbau der Zuschüsse allmählich eintreten zu lassen. Zumindest ist auch dann noch der hieraus entspringende Notstand für die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger so drückend, daß er nur durch eine Erhöhung der Bezüge der Betroffenen behoben werden kann; außerdem ist eine umfassende Steigerung der inländischen Getreideproduktion unbedingt notwendig, damit die Einfuhr des teuren ausländischen Brotgetreides auf ein möglichst geringes Maß zurückgeführt werden kann.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat eine Entschlossenheit in diesem Sinne gefaßt, in der u. a. erklärt wird: „Der Wegfall des Reichskabinetts auf Herabsetzung des vom Reich zur Verbilligung des Brotgetreides ausgesetzten Zuschusses ist durch die Forderungen der Entente veranlaßt worden. Auch bei Erhöhung des Brotpreises um 75 Prozent sind im laufenden Entesjahre noch 10,6 Milliarden Mark für Zuschüsse aus Reichsmitteln vorgesehen, um eine noch stärkere Erhöhung der Brotpreise zu verhindern.“

Der Ausschuß fordert die Regierung auf, dahin zu wirken, daß Maßnahmen ergriffen werden, durch die die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger und erwerbsfähige Kleinrentner in den Stand gesetzt werden, die Folgen der Brotpreiserhöhung in ihrer vollen Auswirkung zu ertragen. Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie die Übergangszeit von der alten zur neuen Ernte ausreichen die Getreidepreise von der Ernte her, damit nicht zum hohen Brotpreis auch noch Brotnähe hinzutritt.“

Im bayerischen Landtag gab Abregens der Landwirtschaftsminister die Erklärung ab, daß die Ernährung im Reich und im Lande bis Ende des laufenden Wirtschaftsjahres gesichert sei.

Stinnes-Legenden.

Leichtfertige Behauptungen.

Es kann nichts mehr in der Welt geschehen oder auch nur behauptet werden — sei es auch noch so töricht — es wird unweigerlich Herrn Stinnes an die Wand gefügt. So hat sich neuerdings die „Frankfurter Zeitung“ von ihrem Londoner Berichtshaber berichten lassen. Stinnes habe bei seinem Aufenthalt in England die englische Regierung mit dem Vorschlag überbracht, daß er und seine Freunde die deutschen Bahnen vom Reich in ihren Privatbesitz nehmen wollten und daß alsdann englischerseits dem deutschen Reich gegen Verpfändung der Bahnen die am 15. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt werden sollten. Dies sei der offizielle Vorschlag des Herrn Stinnes an offizielle englische Stellen gewesen. Der Gewährsmann, der dem Korrespondenten des Frankfurter Blattes hierover Mitteilung gemacht habe, hätte hinzugefügt, die englische Regierung habe nicht für einen Augenblick einen solchen Vorschlag in Erwägung gezogen.

Hierzu schreibt die Herr Stinnes gehörende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sehr richtig: „In der Tat hat die englische Regierung einen solchen Vorschlag auch nicht für einen Augenblick in Erwägung gezogen und zwar deswegen nicht, weil ein solcher oder ein ähnlicher Vorschlag niemals gemacht worden ist. Wir stellen hiermit fest, daß die ganze Erzählung, die der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ seinem Blatte aufgetischt hat, von A bis Z erlogen ist. Das Blatt leitet diese Erzählung mit einer Bemerkung ein, worin es heißt, es sei Pflicht, die Wahrheit zu sagen. Das ist auch unsere Ansicht. Aber auch diesmal hat die „Frankfurter Zeitung“ der Wahrheit nicht gebüht. Wäre das für größter Wille gewesen, so hätte sie sich, bevor sie die Erzählung ihres Londoner Korrespondenten wiedergab, bei demjenigen, gegen den sich diese Erzählung richtet, oder sonst an zuständigen Stellen erkundigen müssen. In diesen zuständigen Stellen gehören der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister Dr. Rathenau. Der Reichskanzler ist in loyalster Weise von Herrn Stinnes über alles unterrichtet worden, was eventuell in London verhandelt werden sollte, und späterhin über alles, was tatsächlich verhandelt worden ist. Auch Herr Dr. Rathenau weiß darüber ganz eingehend Bescheid.“

Es wäre in der Tat an der Zeit, daß verwegene Legendenbildungen endlich einmal unterbleiben, denn sie sind letzten Endes nur dazu angetan, unser Ansehen, besonders im Auslande, weiter herabzusetzen.

Politische Rundschau.

Reichsgetreide- und Futtermittel u. s. w. Bei der in der Gründung begriffenen Gesellschaft, über die schon des öfteren berichtet wurde, sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, damit einzelne Interessentengruppen kein allzu großes Übergewicht erlangen. Ferner wurde bemängelt, daß das Reich nur 3 Mill. Mark Pacht jährlich erhalte. Demgegenüber wird festgestellt, daß diese Pacht nur einen Teil der dem Reich gewährten Bezüge darstellt.

Die Holzforderungen der Entente. Die Reparationskommission hat von der deutschen Regierung für das Jahr 1922 die Lieferung von 441 700 Telegraphenmasten, 2 700 000 Schwellen (Hartholz), 1 000 000 Schwellen (Kiefern), 155 000 Festmeter Rundholz und 3 948 000 Festmeter Schnittholz für Frankreich, Belgien, Italien und England verlangt. Obwohl die deutsche Regierung bei den in Paris gepflogenen Verhandlungen darlegte, daß Holzungen in diesem Umfang aus dem anfallenden Rundholz des normalen Einschlags sich unmöglich würden aufbringen lassen können, hat die Reparationskommission darauf bestanden, daß die deutsche Regierung unverzüglich die Maßnahmen ergreife, um den zur Erfüllung des Verlangens erforderlichen Einschlag zu beginnen zu lassen, und verlangte innerhalb kurzer Frist Angaben über den Umfang der während des laufenden Jahres noch zu tätigen Lieferungen. Die Reichsregierung hat sich daraufhin trotz schwerer Bedenken entschlossen, der Reparationskommission bekanntzugeben, daß Deutschland alle geforderten Maßnahmen zur Anwendung bringen wird, um die Durchführung einer Lieferung von 1 275 000 Hartholz- und Kiefernswellen, 441 700 Telegraphenmasten, 155 000 Festmeter Rundholz und 1 246 000 Festmeter Schnittholz zu ermöglichen. Die Reichsregierung will mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, die Aufbringung der angebotenen Holzungen zustande zu bringen.

Wegen der Freigabe des Karnevals im Saargebiet. Der Gemeinderat der Stadt Reunkirchen hat in einer Entschlossenheit sein Befremden und Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Regierungskommission die Abhaltung von Karnevalsfeierlichkeiten im Saargebiet in diesem Jahre wieder gestattet hat. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Ansicht, daß die letzte Verordnung den Interessen der Bevölkerung durchaus zuwiderläuft, und fordert die Einwohner von Reunkirchen auf, angesichts der Not der Zeit von der regierungsseitig erteilten Karnevalserlaubnis keinen Gebrauch zu machen. Die Gemeindeverwaltung ersucht die Regierungskommission dringend, aus volkswirtschaftlichen und moralischen Gründen in Erwägung zu ziehen, ob nicht die letzte Entscheidung aufgehoben werden könne.

Rundschau im Auslande.

In den chinesischen Provinzen Kiangsu, Schantung, Suanan, Tschelang, Honan und anderen herrscht eine sehr schwere Hungersnot. Tausende von Menschen gehen durch Hunger und Kälte zu Grunde.

Frankreich: Ein sozialistischer Abdrückungsantrag. Die sozialistische Kammerfraktion hat einen Abdrückungsantrag eingebracht, in dem sie außer der

monatlich Dienstzeit ein Heer von 150 000 Mann verlangt, von denen 30 000 Mann Kapitulanten sein sollen. In der Begründung wird auf das deutsche Heer in Höhe von 100 000 Mann hingewiesen. — Eine Aussicht auf Annahme dieses Antrages besteht bei der heutigen Zusammensetzung der französischen Kammer natürlich nicht; die Politik der Nationalisten zielt vielmehr auf eine Vermehrung des Heereskontingents. Der von der Regierung vorgelegte Militärsreformentwurf sieht eine Mehrausgabe von 500 Millionen Franken vor und hat dortselbst bei verschiedenen nichtsozialistischen Kammerfraktionen starke Bedenken erregt.

Italien: Rücktritt des Kabinetts Bonomi.
Am demselben Tage, an dem die Karbinale im Vatikan zur Papstwahl zusammengetreten sind, hat der italienische Ministerpräsident Bonomi angedeutet, dass er dem veränderten parlamentarischen Lage den Rücktritt des Kabinetts mitteilt. Der Entschluss der Regierung ist darauf zurückzuführen, dass die Demokraten aus der Regierungskoalition ausgetreten und in die Opposition gegangen sind. Dadurch war die Regierung der parlamentarischen Mehrheit beraubt worden. Der Zerfall der Regierungsmehrheit war die Folge von Meinungsverschiedenheiten über die durch das Ableben des Papstes aufgeworfene Frage der Beziehungen zwischen dem italienischen Staat und der päpstlichen Kurie. Die Demokraten hatten es der Regierung verargt, dass sie einen der kirchlichen Populärpartei angehörenden Minister an das Sterbelager des Papstes gesandt hatte. — Unter den vermutlichen Nachfolger Bonomis werden die Namen Giolitti, de Nicola und Orlando in erster Linie genannt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass durch den Kabinettswechsel der Termin der Konferenz von Genua noch eine Verschiebung erfährt.

Der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten der Ungarische Regierung, Jussuf Kemal, wird demnächst nach Rom, Paris und London reisen, um mit den alliierten Regierungen in einen Meinungsabtausch einzutreten über die Bedingungen, unter denen die Ungarische Regierung bereit ist den Frieden zu unterzeichnen.
Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee, General Pershing, hat dem Kongress eine Herabsetzung der Zahl der Armeeeinheiten von 17 000 auf 12 000 vorgeschlagen.
Präsident Harding wird demnächst einen Ausschuss ernennen, der Verhandlungen über die Rückzahlung der alliierten Schulden mit den Schuldnerstaaten eröffnen soll.
Der russische General Spasnikow ist als Vertreter der russischen Sowjetregierung mit Genehmigung der französischen Regierung in Paris eingetroffen und mit industriellen Gruppen in Verbindung getreten.

Russland: Die Sowjetregierung beginnt zu sparen.
Durch die unhaltbare Lage der russischen Finanzwirtschaft sieht sich die Sowjetrussische Regierung gezwungen, die weitestgehenden Sparmaßnahmen durchzuführen. Ganz besonders macht sich das bei den für Volkserziehung bestimmten Summen bemerkbar. Die Klassen, die für die Volkserziehung Milliarden zur Verfügung stellten, sind gegenwärtig vollständig erschöpft. Bisher wurden im ganzen rund 100 000 Besessenen, 6000 Klubs und 10 000 Krankenhäuser geschlossen.

Frankreich: Poincaré über Genua.
Im Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten gab Poincaré ausführliche Erklärungen über die Konferenz von Genua ab. Der Ministerpräsident sagte, er werde nur nach Genua gehen, wenn das Programm der Konferenz genau festgelegt und die Bedingungen gut formuliert seien. Die Einladung, die an die Sowjetregierung ergangen sei, sei z. B. nicht fest, dass diese die Bedingungen ihrer Teilnahme annehme; in dieser Hinsicht müsse man sicher gehen. Die Konferenz von Genua werde allerdings bedeutend hinausgeschoben werden; die italienische Ministerliste könne noch etwa 10 Tage dauern, und die Anwesenheit des italienischen Ministerpräsidenten sei unbedingt nötig. Man habe also noch Zeit zum Überlegen. Was den französisch-englischen Pakt anbelangt, so würden die Verhandlungen bis jetzt mit voller Herzlichkeit weitergeführt.

Soziales.

Das Einkommen eines Lokomotivführers. Der Streikbeschluss der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter ist bekanntlich in der Hauptsache durch das Drängen der Fachgruppe der Lokomotivführer zustande gekommen, die ihre finanzielle Besserstellung am schnellsten auf dem Wege des Streites erreichen zu können glaubte. Zurzeit bezieht ein Lokomotivführer in Ostklasse A mit zwei Kindern im Alter von 6—14 Jahren ein Anfangsgehalt von 31 640 Mark, ein Endgehalt von 39 560 Mark, ein Durchschnittsgehalt von 36 680 Mark. Inbegriffen ist darin die sogenannte Aufwandsentschädigung.

Sammlung für die hungersuden Wolgadeutschen. Die große Hungersnot unter den Wolgadeutschen, besondres denen an der Wolga, hat die vereinigten Fürsorge für das Auslandsdeutschtum E. B. veranlasst, bei der Regierung um die Genehmigung einer großzügigen Reichssammlung zugunsten der hungersuden deutschen Kolonisten in Russland vorstellend zu werden. Die Genehmigung dieser Sammlung ist nunmehr erteilt worden. An der Spitze der Sammlung — die zu 60 Prozent zugunsten der Auslandsdeutschen und zu 40 Prozent zugunsten der reichsdeutschen und deutschstämmigen Auslandsflüchtlinge in Deutschland verwandt werden soll — steht ein besonderer Reichsausschuss, dem bisher Vertreter verschiedener großer Organisationen angehören.

Die Versorgung der Schupo. Von den Deutschnationalen wurde im Preussischen Landtag folgender Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen: „Das Staatsministerium zu ersuchen, 1. die seit langem immer wieder in Aussicht gestellte Versorgung der Schuppolei-beamten durch schleunigste Vorlage der Schuppolei-beamtengefezes nunmehr endlich herbeizuführen, gegebenenfalls auf schleunigste Beseitigung etwaiger beim Weiche noch bestehender Hemmnisse hinzuwirken, 2. den Ersatz der bei Kälte und Nässe vielfach unzureichenden jetzigen Uniformen, Mäntel, Stiefel und Strümpfe durch warme und dauerhafte Bekleidungsstücke mit größter Beschleunigung herbeizuführen.“

Streik der Metallarbeiter in Hagen. In Hagen fand eine Versammlung der den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Metallarbeiter statt, in der über den Streik abgestimmt wurde. Der gefällte Schiedspruch wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt und der Streik beschlossen. Der Streikbeschluss ist in vollem Einverständnis mit allen in Frage kommenden Organisationen gefasst worden.

Die Lohnvereinbarungen im Bergbau. Im

Montag haben am 28. Januar zur Regelung schwebender Lohnfragen im Kohlenbergbau Verhandlungen unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums stattgefunden. Für alle vertretenen Reviere, nämlich die Steinkohlenbezirke Ruhr, Aachen, Niederschlesien, Niedersachsen, Ibbenbüren und die Braunkohlenbezirke Mitteldeutschlands, Köln, Bayern und Dürren konnten Vereinbarungen für den Monat Februar erreicht werden. Die durchschnittliche Lohnsteigerung für den Ruhrbezirk und den Kölner Braunkohlenbezirk beträgt 14 Mark für die Schicht, für die übrigen Bezirke entsprechend weniger. Für den ober-schlesischen und den Westfälischen Braunkohlenbergbau sollen die Verhandlungen unverzüglich aufgenommene werden.

Die Teuerung hat im ersten Monat des neuen Jahres weiter zugenommen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) vom Dezember 1921 zum Januar 1922 von 1550 auf 1649, demnach um 5,8 v. H. gestiegen. Sehr stark haben sich die Kosten für den Ernährungsbedarf gesteigert. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben allein stieg von 2088 auf 2219 oder 6,3 v. H. Billiger wurden seit dem Vormonat nur die Fette, deren Preise sich bis Mitte Januar recht erheblich ermäßigen konnten, inwieweit allerdings wieder angezogen haben. Dagegen wurde — in einer größeren Reihe von Erhebungsgemeinden — Brot und fast allgemein Rindfleisch, Fische, Luder, Kartoffeln und Gemüse wesentlich teurer.

Sport und Verkehr.

Telegraphen, Fernsprech- und Funkverkehr während der Konferenz von Genua. Aus Anlaß der bevorstehenden Konferenz von Genua hat die Reichstelegraphenverwaltung Maßnahmen getroffen, um den bestehenden Schnellnachrichtenverkehr zwischen Deutschland und Italien in beiden Richtungen nach Möglichkeit sicherzustellen. Hinsichtlich des Telegraphenverkehrs wird dies durch Bereitstellung betrieblicher Leitungsverbindungen zwischen Deutschland und Italien und deren Ausrüstung mit neuesten Apparaten gesichert. Für den Fernsprechverkehr ist in Aussicht genommen, die bestehende Leitung Berlin—Frankfurt am Main—Mailand in erweitertem Umfange nutzbar zu machen. Auch wird beabsichtigt, die deutsch-schweizerischen Fernsprechleitungen in erster Linie für den Verkehr mit Italien zur Verfügung zu stellen. Da die zwischen Rom und Italien (San Paolo) bestehende Funkverbindung bereits hinreichend in Anspruch genommen ist, ist der italienischen Telegraphenverwaltung vorgeschlagen worden, für die Dauer der Konferenz auch einen 24stündigen Duplex-Funkverkehr (gleichzeitiges Senden und Empfangen) auf einer besonderen Funkverbindung einzurichten, und zwar möglichst mit einer italienischen Funkstation, die gute Verbindung mit dem Konferenzorte Genua selbst hat; die dazu nötigen Funkanlagen in Deutschland sind zur Verfügung gestellt.

Aus Stadt und Land.

Eine verhungerte Rentnerempfängerin. Die 77-jährige Rentnerempfängerin Stimmel in Blauen wurde im Bett tot aufgefunden. Der Arzt stellte fest, daß der Tod durch Verhungern eingetreten ist. Der traurige Fall beleuchtet wieder einmal das furchtbare Elend der kleinen Rentnerempfänger.

Ein neuer Komet entdeckt. Die Heidelberger Landessternwarte teilt mit: Von dem Astronomen Reil wurde in Südafrika ein neuer Komet entdeckt, der beim Stern Eta im Sternbild der Luftpumpe steht. Er wird bei uns wegen seiner südlichen Stellung kaum zu beobachten sein.

Ebert aus dem Sattlerverband ausgeschlossen. Die Hauptversammlung der Sattler und Tapezierer Köln hat mit 200 gegen 8 Stimmen den Ausschluß des Reichspräsidenten aus der Organisation beschlossen, wegen seiner die Gewerkschaftsbewegung schädigenden Verordnungen.

Eine Goethewoche in Frankfurt a. M. Die von der Gesellschaft der Freunde des Goethe-Museums zum Besten des Goethe-Hauses geplante Goethe-Woche wird in Frankfurt a. M. vom 27. Februar bis 4. März stattfinden. Für die Veranstaltungen, deren vielfältiges Programm sich an alle Bevölkerungskreise wendet, sind bereits umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Festveranstaltungen in den städtischen Theatern, in denen Gerhart Hauptmann, Thomas Mann und Fritz von Unruh vor den Aufführungen Ansprachen halten werden, beginnen mit der Aufführung des Egomont. Es werden folgen: Iphigenie von Gluck, Faubertstücke von Mozart und Tasso. Alle Frankfurter Museen, Volkshilfsanstalten, sowie der Buch- und Kunsthandel werden sich außerdem auf das Programm der Woche einstellen. Reichspräsident Ebert, Reichsminister Dr. Köster und die preussische Regierung, vertreten durch den Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Voelky, haben ihr Erscheinen zugesagt.

Verhobenes Reichsgut beschlagnahmt. Messingteile im Werte von 7 Millionen Mark sind in der Simonschen Porzellanfabrik in Ostfeld bei Gotha beschlagnahmt worden. Es handelt sich angeblich um Metallschleibungen von Reichsgut. Im ganzen sollen 14 Waggons Granatzünder verhoeben worden sein. Eine umfassende Untersuchung ist im Gange.

Handgranatenanschlag auf einen Arbeiterzug. Nach dem „Staatsanzeiger für Württemberg“ wurde im Feuerbacher Tunnel durch Regen von Handgranaten ein verbrecherischer Anschlag auf einen Arbeiterzug verübt. Der Täter, der in tieferer Stellung von dem Tunnelwächter gesehen wurde, aber im Schutze des Rauches der Lokomotive eines vorüberfahrenden Zuges noch rechtzeitig entweichen konnte, hatte die Handgranaten auf die Schienen gelegt, offenbar, um dieselben zu sprengen. Eine Handgranate explodierte, während eine andere scharf geladen an der Schiene vorgerollt wurde. Der Anschlag hat glücklicherweise keinen weiteren Schaden verursacht.

Ein Ingenieur als Räuber. Auf den Kommerzienrat Karl Kutterer wurde in Wien von den

aus Australien stammenden Ingenieur Charles Stone ein Überfall verübt, wobei Kutterer schwerere blutige Verletzungen erlitt. Es handelt sich um einen Raubüberfall.

Kommunistischer Hungerstreik in Marburg. Die kommunistischen Gefangenen der Festung Marburg sind in den Hungerstreik getreten. Von sechs kommunistischen Gefangenen verweigern vier jede Nahrung, weil sie mit den Unterkunftsverhältnissen nicht zufrieden sind.

Das demokratische Schweden. Der schwedische Staatsrat hat beschlossen, daß die vom König benutzte traditionelle Art der Einleitung von Kundgebungen „Wir Gustaf von Gottes Gnaden usw.“ künftig weggelassen soll. König Gustaf hat sich mit dieser demokratischen Aenderung einverstanden erklärt.

Schwere Grubenexplosion in Nordamerika. Bei einer Grubenexplosion in Pittsburg in Nordamerika wurden 28 Arbeiter getötet. Die Zahl der Verwundeten ist ebenfalls sehr erheblich.

Das frühere russische Herrscherhaus scheint restlos der Nordluft der Volksheld zum Opfer gefallen zu sein. Wie nunmehr feststeht, ist auch der jüngere Bruder des Zaren, Großfürst Michael Alexandrowitsch, der vom Zaren bei der Abdankung zu seinem Nachfolger designiert war, einen Monat nach der Ermordung des Zarenpaares und seiner Kinder in Perm erschossen worden.

Eine neue Eisenbrücke. In kurzer Zeit wird der kleinste Erdteil Australiens eine der größten Brücken der Welt besitzen. Quer über den Hafen von Sydney wird ein Bau von 3816 Fuß Länge mit einer Hauptspannung von 1600 Fuß errichtet, um zwei gegenüberliegende Punkte, Dawes Point und Wilson's Point, miteinander zu verbinden. Die Brücke selbst wird vier Eisenbahnschienenwege, jeden 35 Fuß breit, tragen, außerdem einen 18 Fuß breiten Automobilweg und einen 15 Fuß breiten Weg für Fußgänger.

Der Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei. Sämtliche Bergarbeiter Tschechiens sind wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Nach den Schätzungen der Bergarbeiterorganisation beträgt die Zahl der streikenden Bergarbeiter in der Tschecho-Slowakei ungefähr 135 000 Mann. Durch den Streik erleidet der Staat einen täglichen Schaden von ungefähr 4 Millionen Kronen. Die Bahnen verlieren eine Frachtmöglichkeit von 4 1/2 Millionen Kronen täglich, der Lohnausfall beträgt 7 1/2 Millionen Kronen täglich. Bisher verläuft der Streik überall in voller Ruhe. Einzelne Industrieunternehmen haben bereits mit der Einschränkung ihrer Betriebe begonnen und den Arbeitern teilweise gekündigt.

Eine achtzigjährige Frau ermordet. Im Kreise Kamin (Pommern) wurde auf dem Gute v. Köllentred die achtzigjährige, seit 50 Jahren auf dem Gute in Diensten stehende Köchin Auguste Kräger von einem Unbekannten ermordet und beraubt. Ein junger Mann wurde unter Mordverdacht verhaftet.

Das deutsche Theater in Czernowitz enteignet. Das deutsche Theater in Czernowitz wurde von der rumänischen Regierung enteignet, um es der rumänischen dramatischen Kunst zu widmen. Da aber eine solche Kunst so gut wie nicht existiert, wird es deutschen Truppen gestattet, vorläufig weiterzuspielen.

Gerichtssaal.

Abkündigung der Berufung Landru. Der Berliner Kassationshof hat beschlossen, die Berufung des Frauenmörders Landru zu verwerfen. Es hängt jetzt vom Präsidium der Republik ab, ob das Urteil des Schwurgerichts von Versailles vollstreckt oder Landru zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt wird.

Ein beschliches Mietseignungsamt. In Berlin wurden wegen Bestechung der Vorsitzende eines Mietseignungsamtes, Regierungsrat früherer Reichsanwalt Gellert, zu zwei Wochen Gefängnis, die beiden seiner Architekt Doeff und Rentner Kirmses zu je einer Woche Gefängnis und der Protokollführer Sekretär Udermann zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten hatten sich von dem Eigentümer eines wertvollen Hausgrundstücks 5500 Mark dafür zahlen lassen, daß sie ihm bei laufenden Mietverträgen einen Zuschlag auf die Grundmieten bewilligten.

Zuchthaus für Diebstahler. Wie aus Aachen berichtet wird, verurteilte dort das Bürgergericht sechs Diebstahler, die eine Bettläng jede Nacht 1500 bis 2000 Eier über die Grenze nach Holland verschoben hatten, zu je einem Jahr Zuchthaus, 20 000 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht.

Volkswirtschaft.

Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates. Das Geschäft war unregelmäßiger wie bisher. Zum 1. Februar trat die neue Frachterhöhung auf den Eisenbahnen ein, die für die Kalkulation der Käufer doch recht ins Gewicht fällt. Zumest sind die bisherigen Frachtsätze um ca. 30 Prozent erhöht, und es fällt auch noch besonders in die Waagschale, daß bei Beförderung in gedeckten Waggons durchweg ein Gewichtszuschlag von 10 Prozent berechnet wird. Das bedeutet also eine Gesamterhöhung der Fracht um etwa 40 Prozent, nachdem die zweimalige Steigerung im November und Dezember bereits fast 100 Prozent betragen hatte. Zunächst aber haben die Kaufleute wenig Gelegenheit gehabt, diese Frachten praktisch zur Anwendung zu bringen, denn seit dem 1. und 2. Februar haben wir es in Deutschland mit einem Eisenbahnstreik zu tun, dessen Bedeutung sich jetzt noch nicht zu überschauen ist, der aber jedenfalls vorläufig das Produktengeschäft fähbar unterbindet. Von den Devisen ging diesmal für den Getreidewertverkehr nur wenig Anregung aus.

Was der Steuerpraxis. Mit den Steuerämtern wird es immer schöner. Das Berliner Städtische Bezirkssteueramt, Abteilung Umsatzsteuer, erhebt für einen Einspruchsbetrag bei einem Objekt von 350 M. folgende Kosten: 40 M. Gebühren, 8 M. Wastinduna.

W. Schreibgebühren und 1,40 Postgebühren, zusammen 51,40 M., die binnen acht Tagen zu zahlen sind, andernfalls Zwangsbeitreibung erfolgt. Dabei ist der Einspruchsbescheid nur die nichtfolgende Abweisung eines begründeten Einspruchs gegen eine willkürliche Schätzung des Umfangs eines Schriftstellers, dessen Einnahmen einmal auf 15 000 und dann im nächsten Jahre zurzeit auf 60 000 M. geschätzt worden sind, obwohl seine Einkommensteuer-Berantlagung vorlag und Auskunft gab.

Steuerbelastung in Deutschland.

In der französischen Presse wird immer wieder die völlig sinnlose Behauptung aufgestellt, daß die deutsche Steuerzahler viel weniger Steuern bezahle als der englische oder der französische und daß das deutsche Volk eine höhere Steuerbelastung zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sehr gut ertragen könne und müsse. Poincaré hat diesen haltlosen Vorwurf dahin erweitert, daß Deutschland die Steuerbelastung absichtlich niedrig halte, um sich auf diese Weise seinen Reparationsverpflichtungen zu entziehen und Zahlungsunfähigkeit vorzutäuschen zu können.

Die kindischen und böswilligen Vorwürfe sind von deutscher Seite mehrfach zurückgewiesen worden. Da sie jedoch von unseren westlichen Nachbarn immer wiederholt und zu einer neuen Heiße gegen Deutschland ausgedreht werden, so hat die deutsche Regierung in einer Anlage zu der der Reparationskommission überreichten Finanzdenkschrift endgültig mit dem Märchen von der geringen Steuerbelastung in Deutschland aufgeräumt.

Auf Grund exakter Berechnungen wird in der Anlage der Nachweis geführt, daß die Steuerbelastung in Deutschland nicht geringer, sondern vielmehr beträchtlich schwerer ist als in Frankreich und England. Die von der deutschen Regierung berechneten Tabellen gehen davon aus, daß nach den Großhandelspreisen für September 1921 die Geldwertverwertung in Deutschland etwa sechsmal so groß wie in Frankreich und einmal so groß wie in England ist oder vielmehr im Herbst des vergangenen Jahres war. Sie setzen also für die Berechnung der Einkommen und ihrer Belastung einen Papierfranken fünf Papiermark und einen Papierfrankling ein Papiermark gleich. Nach dieser Methode ergibt sich, daß z. B. das Lohn- und Gehaltseinkommen eines verheirateten Steuerpflichtigen mit vier unterhaltbedürftigen Kindern in einer Höhe von 50 000 Mark oder den entsprechenden Franken- und Pfundbeträgen in England steuerfrei ist, in Frankreich eine Steuerlast von 0,99, in Deutschland eine solche von 5,08 v. H. trägt. Bei einem Einkommen von 100 000 Mark sind die Belastungssätze in England 2,10 v. H., in Frankreich 3 v. H., in Deutschland 33,55 v. H. Wenn es sich um Einkommen aus Handel und Gewerbe handelt, hat ein Steuerpflichtiger mit gleichem Familienstande und 100 000 Mark Einkommen in England 2,10 v. H., in Frankreich 4,95 v. H., bei uns 14,08 v. H. zu bezahlen. Bei einem Einkommen dieser Art von 5 Millionen Mark stellt sich bei der Steuerlast in Frankreich auf 42,76, in England auf 49,79, in Deutschland auf 54,21 v. H.

Diese Vergleiche beziehen sich natürlich nur auf die direkte Besteuerung. Eine Gegenüberstellung der Belastung durch Verbrauchsabgaben, Steuern und Zölle ist kaum möglich, weil uns sichere Kenntnisse über die Entwicklung der Realeinkommen in den verschiedenen Ländern fehlen. An derselben Schwierigkeit leidet selbstverständlich auch der Vergleich der Gesamtsteuerbelastung. Die deutsche Denkschrift berechnet immerhin, daß nach den Zahlen des Völkervertrages über das Volkseinkommen der Bevölkerung in Deutschland 31,19 v. H., in Frankreich 14,10 v. H. beträgt. Geringer ist der Unterschied, wenn er auf der Grundlage der Zahlen französischer Sachverständiger berechnet wird. Der Steueranteil am Volkseinkommen beträgt dann in Deutschland 23,40 v. H., in Frankreich 26,71 v. H. Dabei ist für Deutschland mit Rücksicht auf die fortschreitende Inflation für das Jahr 1923 eine Erhöhung des nominalen Durchschnittseinkommens um ein Drittel angenommen.

Die neue Schlichtungsordnung.

Annahme im Reichsrat.
Die Regelung der Schlichtungsangelegenheit soll aus dem Ubergangsstadium für die Zeit der Demobilisierung nunmehr zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung geführt werden. Die Reichsregierung hat einen Entwurf einer Schlichtungsordnung ausgearbeitet, der ziemlich weitgehende Garantien zur Vermeidung vor Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch Streiks oder Aussperrung vorsieht.

An der Spitze des Regierungsentwurfs steht der Grundsatz der Selbstverwaltung in doppelter Hinsicht: einmal insofern, als an erster Stelle die Schlichtung den tariflich bestimmten Instanzen so sehr vorbehalten ist, daß sie den behördlich geregelten Instanzen vorgehen, und zweitens insofern, als für die behördlichen Instanzen eine weitgehende Korrektur durch die Selbstverwaltung möglich ist, indem die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörden in jedem einzelnen Fall durch die Parteien umgeändert werden kann, und zweitens, indem diese auf die Befestigung des Verfahrens einen weitgehenden Einfluß haben.

Vorgeesehen sind Schlichtungsstellen, Land- und Kreis- und Reichsschlichtungsämter. Dem neuen Verfahren sollen unterworfen werden nur Gesamtarbeitsverträge, die zwischen einer Gesamtheit der Arbeitnehmer und einem oder mehreren Arbeitgebern entstehen. Das Ziel ist, überall auf eine gütliche Einigung hinzuwirken, und zwar mit möglichstster Beschleunigung.

Wenn bei einer Gesamtarbeitsverträge keine Einigung zustande kommt, soll vor Verhängung von Aussperrungen oder der Vornahme der Arbeitseinstellungen die Schlichtungsstelle angerufen werden. Aussperrungen oder Arbeitseinstellungen müssen in geheimer Abstimmung mit mindestens zwei Drittel Mehrheit beschlossen werden.

Ein Gewerbeaufsichtsbeamter soll zur Kontrolle der Abstimmung zugezogen werden. Drei Tage sollen

mindestens zwischen der Zustellung eines Schiedsspruches und dem Beginn eines Kampfes liegen. Die gemeinnützigen Betriebe wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nehmen eine Ausnahmestellung insoweit ein, als hier die Schlichtungsbehörden auch von Amtes wegen tätig sein können; es wird eine besondere Beschleunigung des Verfahrens vorgeesehen. Die Verbindlichkeit eines Schiedsspruches für diese Betriebe kann auf Antrag der obersten Landesbehörde oder des Reichsministers des Innern ausgesprochen werden und nicht nur auf Antrag der Beteiligten. Als Rechtsmittel ist lediglich Einspruch vorgeesehen wegen Mängel beim Verfahren oder wegen Gesetzesverletzung. Ein Strafverfahren für Aussperrungen und Arbeitseinstellungen, die gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes vorgenommen werden, ist nicht vorgeesehen, auch findet keine Zwangsvollstreckung für die Schiedssprüche statt.

Der Reichsrat hat die Regierungsvorlage mit gewissen Abänderungen bereits angenommen, so daß der Reichstag sich sofort nach seinem Zusammentritt am 7. Februar mit dem Entwurf beschäftigen kann.

Milch und Butter.

Berberische Bakterien.

Die für jede Hausfrau sehr unliebsame Erscheinung beruhen in erster Linie auf der Tätigkeit von Bakterien. Das Gerinnen der Milch erfolgt durch die in der Milch enthaltenen Milchsäurebakterien. Der Gerinnungsvorgang geht in der Weise vor sich, daß die sehr zuckerliebenden Bakterien, die in der Milch in mehreren Arten in Stäbchen und Kettenform vorkommen, den Milchzucker in Milchsäure verwandeln. Die Folge dieser Säurebildung ist dann das Gerinnen und Säuerlichwerden der vorher süßen Milch. Der chemische Prozeß dieser Umwandlung besteht darin, daß der Käsestoff (das Kasein), der in der Milch in Verbindung mit Kolloidum oder gequollenem Kalk enthalten ist, durch die neu gebildete Milchsäure dem Kalk entzogen wird, worauf der Kalk sich in milchsauren Kalk verwandelt. In gewisser Hinsicht ist die Tätigkeit der Milchsäurebakterien, wie die „Chemiker-Zeitung“ darlegt, aber auch eine günstige Wirkung auf die Milch aus, insofern nämlich, als die Entwicklung von Säurebakterien wesentlich zurückgehalten wird. Da die Milch aus den Milchdrüsen der gesunden Kuh völlig keimfrei abgefließen wird, ist, um dem Gerinnen der Milch vorzubeugen, das einzige Mittel äußerliche Keimfreiheit bei allen mit dem Meßsen und der Milchaufbewahrung zusammenhängenden Handlungen. Eine zweite Art, die Milch zum Gerinnen zu bringen, besteht, wie bekannt, darin, daß man ihr einen Gärstoff, wie z. B. Lab, zusetzt, wobei ein ähnlicher chemischer Prozeß stattfindet, nur daß statt des milchsauren Kalkes Molkenweiß entsteht.

Ähnlich wie das Gerinnen der Milch erfolgt auch das Rangigwerden der Butter durch das Auftreten einer Säure, der Butteräure, die durch die Butteräurebakterien, lebhaft bewegliche Stäbchen oder Fäden, die übrigens sehr verzeitlebend sind, erzeugt wird. Nach den Untersuchungen Pasteurs entsteht die Butteräure hauptsächlich durch Gärung des auch in der Butter enthaltenen milchsauren Kalkes. Aller Wahrscheinlichkeit nach können die Butteräurebakterien auch ohne Licht leben; zu ihrer Entwicklung und Vermehrung scheinen sie jedoch Sauerstoff zu brauchen, weshalb man das Rangigwerden der Butter am sichersten verhindert, wenn man sie gut und möglichst luftdicht verschließt. Auch Kälte verhindert das Wachstum der Bakterien ebenso wie hohe Temperaturen von etwa 50 Grad C an, wogegen die Sporen oder Keime mancher Butteräurebakterien oft selbst beim Kochen der Butter nicht zugrunde gehen. Die Entwicklung der Milchsäurebakterien wird gleichfalls durch Wärme begünstigt, wie auch die Luftdruckverhältnisse auf sie einzuwirken scheinen, da z. B. bei gemittelterwärmter Luft selbst reich und kühl gehaltene Milch leicht gerinnt.

* Die Dreiländergrenze. An der Grenze des Saargebietes gibt es eine Stelle, wo drei Länder, Deutschland, Luxemburg und Frankreich, zusammenstoßen. An dieser Stelle steht eine Mühle, durch die die Dreiländergrenze mitten hindurchgeht. So international wie der Besitzer dieser Mühle lebt wohl niemand auf der Welt. Seine Schlafkammer liegt auf französischem Gebiet, die Mühle auf deutschem. Will der Müller aber von der Schlafkammer ins Wohnzimmer gehen, so kommt er aus Frankreich nach Luxemburg.

Rechte Nachrichten

Ein Eisenbahnunglück in Köln.

Köln, 6. Februar. Wie die Eisenbahndirektion Köln mittelst, fuhr heute nachmittags ein von Reuß kommender Zug auf Bahnhof Köln aus noch nicht aufgeklimmter Ursache über Haltesignal und Drehscheibe hinaus in das Empfangsgebäude. Infolge des Anpralls schoben sich zwei Wagen ineinander. Vier Personen wurden tödlich, fünf schwer und 33 leichter verletzt. Die Verunglückten stammen meistens aus dem Rheinlande.

Die „weiße Schmach“ am Rhein.

Bonn, 7. Februar. Wie nunmehr durch ein amtliches Verfahren festgestellt wurde, ist am Abend des 22. Januar in der Nähe von Godesberg ein 20 Jahre altes Mädchen von einem weißen Franzosen überfallen und vergewaltigt worden. Das Verbrechen ist deshalb besonders schwer, weil es sowohl der Begleitung des Mädchens, wie auch einem hinzukommenden französischen Soldaten nicht gelang, das Mädchen von dem Unhold zu befreien. Die Untersuchung der Angelegenheit durch die französischen militärischen Stellen ist eingeleitet.

Ein Massenmordplan in Japan.

Tokio, 3. Februar. Bei der Untersuchung über den Anschlag auf den Ministerpräsidenten Takahashi ist man einem Komplott auf die Spur gekommen, daß Hunderte der angesehensten, im öffentlichen Leben stehenden Menschen in Japan ermordet werden sollten. Es sind außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Erneutes Anschwellen der indischen Ozeane.
London, 7. Februar. Das Indische Amt teilt mit, daß in Corakpur 17 Postbeamte von einer Volksmenge von 2000 Personen niedergemetzelt und dann verbrannt worden sind. Die Lage wird als sehr ernst angesehen. Auch auf der Stadt Bareilly werden Unruhen gemeldet.

Die neue Erhöhung der Tabaksteuern.

Der Verbrauchsteuerauschuß des Reichstages verabschiedete das Tabaksteuergesetz. Für feingehackten Rauchtabak beträgt nach dem Kleinverkaufspreise die Steuer beginnend bei 3 Mark Reibend bis 120 Mark, gestaffelt 30 bis 50 Prozent des Preises. Bei einem Kleinverkaufspreise über 240 M. für das Kilogramm steigt die Steuer für je 20 Mark um 10 Mark. Für Zigaretten in Betrieben, die nach dem 1. Januar 1922 angemeldet sind, ist bis zum 1. Januar 1928 ein besonderer Zuschlag von 50 Prozent bei der Zigarettensteuer zu entrichten. Sodann wurde das Kraftfahrsteuergesetz ohne sehr wesentliche Änderungen angenommen.

Produktionsliste zu Dresden, am 6. Februar. Amtl. Notierungen: Weizen 430 bis 435. Roggen 328-335. Sommergerste, 372-385. Hafer 328-335. Raps, trocken, 770-750. Mais 300 bis 370. Weizen 525-575. Lupinen, blau, 330-370. Lupinen, gelb, 460-500. Weizenklein 450-490. Kleine gelbe Erbsen 400 bis 490. Kollern, alt, 1500-2100, neuer 2500 bis 3200. Trockenheu 235-240. Roggen- und Weizenstroh 40 bis 45. Haferstroh 50 bis 55. Weizenheu, lose, 145-155. Weizenheu, nicht-schiffbares, 125-150. Weizenklein 225-230. Roggenklein 230-235. Roggenmehl 440-475. Weizenmehl 550-615.

Dippoldiswalde Schützenhaus
vom 10.-12. Februar
große 32. Geflügel-Ausstellung
verbunden mit Prämierung und Verlosung, veranstaltet vom Geflügel-Züchterverein Dippoldiswalde u. Umgeg.
Zur Schau stehen 600 Tiere von bester Qualität.
Um gütigen Zuspruch bitten das Ausschusskomitee.

Zum 15. Februar wird ein ehrliches und fleißiges
Hausmädchen
beim hohen Lohn gesucht von
Frau Buchdruckereibes. Jehne sen.,
Gartenstraße.

Für Bahnleidende!
Zahnpraxis Paul Gross, Dentist,
Hotel „zur Post“ in Glashütte.
Schönendste sorgfältige Behandlung - Garantierten Zahnerfolg und
Blomben in Gold, Silber, h. und Kunstgut.
Sehr mäßige Preise!

Eine Handtasche gefunden.
Whuholm Sobischdorf Nr. 56.
Dietrichsches Kuchentalb
reinhaltig, ohne
Erblickung Kleinkindern.
Virnbau- und Apfelbaumflöger
kauft
H. Arampoll,
Rückmühle, Schmeideberg.

Warnung!
Es sind in letzter Zeit hier bewilligte, unwahre Gerüchte gegen meine Tochter Gretel Kuppel geduldet worden. Ich wa we hiermit jedermann, welcher derartige Verleumdungen gegen dieselbe auszusprechen, da ich in Zukunft diese Angelegenheit ohne Rücksicht der Person gerichtlich verfolgen werde.
Dietrich Kuppel, Schmeideberg

Frau oder Mädchen
zur Aufwartung gesucht.
Ball-, Hohenbornstr.
Schlachtstufde
kauft
zum höchsten Tagespreis
Kochschlächter Paul Sieber,
Tel. 97.

Saiten für Lauten
Violinen, Zithern usw. sowie sämtliche Bestandteile bei
Gottschalk, Dippoldiswalde, Markt 18.
Tätig, helles, gut empfindliches
Hausmädchen
15. 2. oder 1. 3. in gute Stellung
gesucht.
Fabrikdirektor Hiltel,
Dresden u. Schumannstr. 24.

Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Helmgange unserer lieben Mutter und, Grossmutter sagt hierdurch
herzlichen Dank.
- | Schmeideberg, den 8 Februar 1922.
Familie Wenzel.